

17. Januar 2024

Mittelstand braucht Entlastungen, Entbürokratisierung und einen schlanken Staat

MIT Baden-Württemberg: Ampel-Koalition ignoriert Lage des Mittelstands und die Sorgen der Bürgerschaft

Stuttgart. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg (MIT) verurteilt das Verhalten der Ampel-Koalition aus SPD, FDP und Grünen, die nach ihrer Auffassung die aktuellen Bauernproteste und Demonstrationen gegen ihre Politik nicht ernst zu nehmen scheint. Der Bundeskanzler mache den Eindruck, die berechtigten Sorgen und Nöte der Mittelschicht weiterhin nur wegzulächeln, anstatt auf diese mit seiner Politik einzugehen. Die MIT unterstützt daher die Initiative der Landwirte und fordert Wertschätzung für deren Arbeit.

“Die Ampel-Koalition hat den Kontakt zur Realität verloren. Sie sieht nicht, was nicht nur der bäuerliche Mittelstand in diesem Land leistet und versteht nicht, was die Menschen bewegt und was sie in diesen schwierigen Zeiten brauchen. Diese Haltung gefährdet den Mittelstand in Baden-Württemberg”, sagt Bastian Atzger, Landesvorsitzender der MIT.

“Die Regierung verharrt in ihrem Narrativ, ihre Politik sei richtig, man müsse sie nur besser erklären. Das ist absurd und anmaßend. Die Bevölkerung versteht die Ziele der Regierung sehr wohl – aber sie ist damit nicht einverstanden,” so Atzger weiter. Nach seiner Auffassung sind die Aussagen von Finanzminister Lindner entlarvend. “Die Streichung des Klimageldes zeigt, dass es der Regierung nicht um einen Ausgleich für die Bürger, sondern um die Durchsetzung ihrer politischen Ziele geht,” analysiert der MIT-Landesvorsitzende.

Die MIT appelliert an die Regierung, endlich die Nöte der Bevölkerung und vor allem des Mittelstands ernst zu nehmen. Notwendig sei eine Politik, die auf Entlastungen, Entbürokratisierung und einen schlanken Staat setzt. Die politisch gelenkte Transformation der Wirtschaft oder weitere Subventionsorgien lehnt sie ab, da diese nur zu mehr Schulden, mehr Abhängigkeit und weniger Wettbewerbsfähigkeit führen würden.

Baden-Württemberg

"Wenn die Regierung Ansätze zur Finanzierung des Haushaltes sucht, darf sie sich gerne an uns wenden," schließt Atzger, "bis dahin werden wir weiter auf eine verfehlte Politik hinweisen. Wir stehen an der Seite derer, die für ihre unternehmerische Freiheit, Eigenverantwortung und ihre wirtschaftliche Zukunft kämpfen und fordern eine Politik, die dem Mittelstand im Land dient und ihm nicht permanent schadet."

Pressekontakt: Jürgen Scheurer | T +49 7254 951225 | M +49 151 12135075

Weitere Informationen:

<https://www.mit-bw.de>

Über die MIT Baden-Württemberg

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) ist mit mehr als 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Soziale Marktwirtschaft und für mehr Unternehmergeist in der Politik ein. Die MIT Baden-Württemberg vertritt rund 2.900 Unternehmer, Selbstständige und Gewerbetreibende im Land.